

DIE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT DER SCHWEIZ

Richard Gerster¹

Göldistrasse 1, 8805 Richterswil, Schweiz

richard.gerster@gersterconsulting.ch

Abstract

Die wirtschaftlichen und politischen Eigenheiten der Schweiz prägen auch ihre EZA. Diese stagniert seit über 10 Jahren auf mässigem Niveau. Im Gegensatz zum Ungenügen der Quantität findet die Qualität der EZA weit herum Anerkennung. Doch die Schweiz sieht sich mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert, wie z.B. MDGs, Kohärenz, Konzentration, Harmonisierung. Die Zusammenarbeit des Bundes mit den privaten Hilfswerken ist vielgestaltig und eng. Dank breiter Unterstützung in der Bevölkerung ist die Schweiz bei der privaten EZA im internationalen Vergleich in der Spitzengruppe. Allerdings kann damit das Defizit in der öffentlichen Hilfe nicht kompensiert werden. Bei der Information im Inland spielen die privaten Organisationen eine Vorreiterrolle als Meinungsmacher. Die Rot-Kreuz-Nation Schweiz sieht sich gerne im Gewande des Helfers. Doch wenn es um die Globalisierung der Gerechtigkeit geht, sind Täter, Opfer und Helfer oft nicht mehr klar auseinander zu halten.

Switzerland's economic and political particulars shape its ODA. It has been stagnating for the last decade at mediocre levels. The Swiss ODA priorities and modalities are widely perceived as of high quality. However, Switzerland is confronted with a number of challenges as are MDGs, policy coherence, selectivity, harmonization. There is a close cooperation of the federal government with NGOs. Due to broad popular support Switzerland ranks among the top five OECD countries in private development cooperation. But the deficit in public sector aid is too large to be compensated by private donations. In public information on development issues in Switzerland NGOs play a leading and credible role. The country of the red-cross loves to wear the clothes of a helper in the world's perception. As far as globalization and equity are concerned, however, villains, victims and helpers can no longer clearly be distinguished.

¹ Der Autor ist Franziska Pfister für die Mitarbeit dankbar.

Einführung

Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit (EZA) wird von der Stellung der Schweiz in der Welt und ihrem internen politischen System geprägt:

- Als Kleinstaat hat die Schweiz ein elementares Interesse an internationaler Zusammenarbeit, daran, dass Recht vor Macht geht. Somit gibt es ein ausgeprägtes Interesse an klaren Spielregeln in der Weltwirtschaft – so wie auch die wirtschaftlich oder politisch schwachen Ländern des Südens und Ostens darauf angewiesen sind.
- Die Schweiz befindet sich geografisch mitten in Europa und steht doch ausserhalb der Europäischen Union (EU). Die faktische Abhängigkeit und der Wunsch nach Marktzugang schränken den wirtschaftlichen und politischen Handlungsspielraum stark ein. Im Spannungsfeld der Beziehungen mit der EU stehen der Finanzplatz, die Landwirtschafts- und die Migrationspolitik.
- Als weltwirtschaftlicher Spitzenreiter tritt die Schweiz für Liberalisierung und Marktwirtschaft ein, aber mit signifikanten Ausnahmen (Landwirtschaft, geistiges Eigentum, privater Protektionismus). Konflikte mit entwicklungspolitischen Forderungen entstehen aufgrund dieser Ausnahmen, aber auch, wenn die Schweiz die Öffnung der Süd-Märkte als Patentrezept für Entwicklung durchsetzen möchte.
- Aufgrund der schweizerischen Geschichte und des politischen Systems wird die Reichweite des Staates begrenzt und die private Initiative hochgehalten. So stösst der Ausbau der öffentlichen EZA an ideologische Grenzen.
- Die politische Mechanik der Schweiz ist geprägt von direkten Volksrechten mit weitreichenden Initiativ- und Referendumsmöglichkeiten. Ohne Abstützung beim Volk nützen Regierungs- und sogar Parlamentsentscheide wenig. Hinsichtlich des Ausbaus der EZA sind die Volksrechte nicht nur Hürden, sie bieten auch Chancen der Mitgestaltung wie z.B. im Entschuldungsbereich und hinsichtlich breiter Information.

Staatliche Entwicklungszusammenarbeit

Grundlagen

Das „Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit“ von 1976 bildet die rechtliche Grundlage für entsprechende staatliche Aktivitäten. Es setzt mit Zielen der EZA (Art. 5) und der humanitären Hilfe (Art. 7) die inhaltlichen Prioritäten. Gemäss Art. 5 unterstützt die EZA die „Entwicklungsländer im Bestreben, die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung zu verbessern. Sie soll dazu beitragen, dass diese Länder ihre Entwicklung aus eigener Kraft vorantreiben. Langfristig erstrebt sie besser ausgewogene Verhältnisse in der Völkergemeinschaft. Sie unterstützt in erster Linie die ärmeren Entwicklungsländer, Regionen und Bevölkerungsgruppen“. Art. 7 zufolge soll die humanitäre Hilfe „mit Vorbeugungs- und Nothilfemassnahmen zur Erhaltung gefährdeten menschlichen Lebens sowie zur Linderung von Leiden beitragen; sie ist namentlich für die von Naturkatastrophen oder bewaffneten Konflikten heimgesuchte Bevölkerung bestimmt.“ Die Unterstützung durch die humanitäre Hilfe steht allen Ländern offen, während jene der EZA auf Afrika, Asien und Lateinamerika beschränkt ist.

Die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und der Gemeinschaft der unabhängigen Staaten (GUS), der ehemaligen Sowjetunion also, basiert auf einem separaten und bis 2008 befristeten Bundesbeschluss. Die Zielsetzungen umschreibt Art. 2 mit „a. Förderung und Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte sowie Aufbau und Festigung des demokratischen Systems, namentlich stabiler politischer Institutionen; b. Förderung einer auf marktwirtschaftlichen Grundsätzen beruhenden nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, welche wirtschaftliche Stabilität, die kulturelle Entwicklung, das Wachstum des Einkommens und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung begünstigt und dabei zum Schutz der Umwelt und zur rationellen Verwendung der natürlichen Ressourcen beiträgt“.

Gestützt auf das Bundesgesetz bewilligt das Parlament mehrjährige Rahmenkredite, welche den Umfang der Verpflichtungen gegenüber den Partnern im Süden und Osten abstecken. Über die jährlichen Auszahlungen befindet es anlässlich der Diskussion um das Bundesbudget. In diesem Rahmen vergeben Verwaltung und Regierung Programm- und Projektbeiträge.

Institutionen

Die **Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)** des *Eidgenössischen Departements für Auswärtige Angelegenheiten (EDA)* ist zuständig für die Gesamtkoordination der Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit mit andern Bundesämtern sowie für die humanitäre Hilfe der Schweiz. Die DEZA erbringt ihre Leistungen mit gut 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im In- und Ausland und verfügte 2004 über ein Jahresbudget von 1.251 Mio. Franken (rd. 834 Mio. €). Sie arbeitet in direkten Aktionen, unterstützt Programme multilateraler Organisationen und finanziert Programme schweizerischer und internationaler Hilfswerke mit, und zwar in den Bereichen (1) bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit, (2) humanitäre Hilfe, inklusive *Schweizerisches Korps für humanitäre Hilfe (SKH)*, (3) Zusammenarbeit mit Osteuropa. Die Menschenrechtsförderung fällt ebenfalls in die Zuständigkeit des EDA.

Der Leistungsbereich „Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit“ des **Staatssekretariats für Wirtschaft (seco)** im *Eidgenössischen Volkswirtschafts-Departement (EVD)* ist das Kompetenzzentrum der schweizerischen Bundesverwaltung für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und für die Integration der Entwicklungs- und Transitionsländer in die Weltwirtschaft. Die wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen, die Entschuldung sowie ein Teil der Zusammenarbeit mit Osteuropa und GUS sind hier angesiedelt. Die etwa 55 vollen Stellen für MitarbeiterInnen sind auf sechs verschiedene Ressorts aufgeteilt, welche wiederum nach den hauptsächlichen Tätigkeitsbereichen strukturiert sind. Er verfügt über ein jährliches Budget von 231 Mio. Fr. (154 Mio. €) und trägt, gemeinsam mit der DEZA, die Verantwortung für die multilaterale Finanzhilfe (ca. 300 Mio. Franken pro Jahr).

Bei den Umweltmassnahmen, der Migrationspolitik, der Landwirtschaft, der Entwicklungsforschung und weiteren Bereichen sind noch **andere Fachministerien und Amtsstellen** bis hin zur Schweizerischen Nationalbank in Sachen Internationaler Währungsfonds beteiligt; 2004 setzten sie für die genannten Bereiche insgesamt einen Betrag von 405 Mio. Fr. (270 Mio. €) um. Die Aufteilung der Mittel und Zuständigkeit auf die verschiedenen Akteure erschwert eine kohärente Entwicklungspolitik. Im Kampf gegen

Kürzungen ist es aber auch ein innenpolitischer Vorteil, dass mindestens zwei Ministerien (EDA und EVD) mit der Entwicklungszusammenarbeit und Osthilfe befasst sind.

Das **Parlament** als Ort der Oberaufsicht über die Verwaltung übt nicht nur Einfluss durch die Gesetze, die es erlässt, sondern bewilligt auch die mehrjährigen Rahmenkredite für die EZA und die Jahresbudgets. Das Parlament entfaltet Eigeninitiative, welche sich in Interventionen, in Detailuntersuchungen bis hin zu Besuchen in Partnerländern (Mozambique 2004) niederschlägt. Das Interesse gilt einerseits Quantität und Qualität der EZA, aber auch der Verbindung der EZA mit Menschenrechten und der Schweizer Asylpolitik („sind die Partnerländer der EZA bereit, abgelehnte Asylbewerber zurückzunehmen?“). Das Parlament verfügt weiter über eine unabhängige Verwaltungskontrollstelle, welche nach 10 Jahren Mitgliedschaft der Schweiz bei den Institutionen von *Bretton Woods* (IWF, Weltbank) im Jahre 2002 eine entwicklungspolitische Bilanz zog. Neben der Anerkennung positiver Elemente wurde die mangelhafte interne Koordination unter den beteiligten Verwaltungsstellen und die ungenügende Umsetzung der entwicklungspolitischen Prioritäten bei der schweizerischen Mitarbeit im IWF kritisiert, zu der die schweizerischen Behörden gemäss Beitrittsgesetz angehalten sind.

1977 wurde eine beratende **Kommission² für internationale Entwicklung und Zusammenarbeit** geschaffen, welche drei Hauptaufgaben zu erfüllen hat: (1) Sie berät den Bundesrat in Fragen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, der humanitären Hilfe und der Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas; (2) Sie prüft namentlich Ziele, Prioritäten und Gesamtkonzeption der Zusammenarbeit; (3) Sie kann eigene Vorschläge unterbreiten. Im Schicksalsjahr 2005 hat die *Beratende Kommission* die schweizerische Regierung zu verstärktem Engagement aufgerufen – der Bundesrat solle das Ziel für die EZA auf mindestens 0,5% erhöhen – und auch zur Suche nach neuen Geldquellen aufgefordert. Die *Beratende Kommission* setzt sich aus ca. 20 Personen aus verschiedenen Bereichen zusammen, welche folgenden Gruppierungen angehören:

- Parlament: Jede Fraktion ist durch eine Person vertreten. Die Beteiligung von Mitgliedern des Parlaments bezweckt eine bessere Vernetzung mit der parlamentarischen Arbeit, insbesondere den Kommissionen.

- Nichtregierungsorganisationen: die Repräsentanten der NGO sind entweder operationell in der Entwicklungszusammenarbeit oder im Bereich der Sensibilisierung in der Schweiz bezüglich der Entwicklungspolitik tätig.
- Privatwirtschaft: Vertreterinnen und Vertreter von Banken und international tätigen Unternehmen nehmen in der Kommission Einsitz.
- Medien: Die Präsenz eines Medienvertreters oder einer Medienvertreterin garantiert eine Verbindung zur Presse sowie eine verbesserte Information der Öffentlichkeit über entwicklungspolitisch relevante Themen.
- Universitäten: Bei den Vertreterinnen und Vertretern der Universitäten handelt es sich um Personen, die sich thematisch mit der internationalen Entwicklungszusammenarbeit befassen und international tätig sind.

Kennzahlen

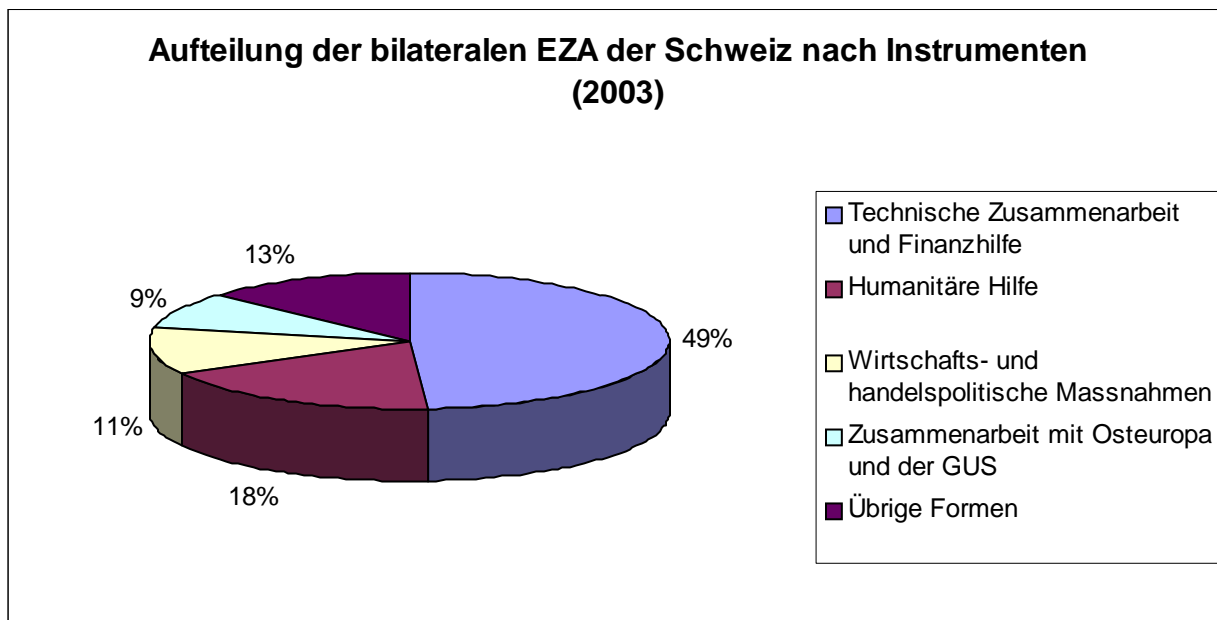
Die staatliche EZA-Leistung der Schweiz (*Official Development Assistance* (ODA) gemäss DAC/OECD, also inklusive anrechenbare Osthilfe) betrug 2004 1.920 Mio. Fr (1.280 Mio. €). Das waren 0,41% des Volkseinkommens (Bruttonationalprodukt, BNE) oder umgelegt auf die Zahl der Bevölkerung 260 Fr. (173 €) pro Kopf. Vom Bundesbudget 2003 entfielen 3,74% auf die EZA. Die starke Erhöhung in den letzten beiden Jahren (2002: 0,33%) ist im wesentlichen auf statistische Tricks zurückzuführen. Um im internationalen Vergleich besser dazustehen, hat die Regierung beschlossen, in Übereinstimmung mit den Normen der OECD die Kosten für das Asylwesen und bei der Entschuldung den Erlass von Guthaben zum Nominalwert – obschon deren realer Wert nur einen Bruchteil davon beträgt – auf die EZA anzurechnen. Die vom Bundesrat schon lange (1991!) angekündigte Steigerung auf mindestens 0,4% des BNE bis 2010 ist somit vorzeitig erreicht worden – der Armutsbekämpfung oder anderen Entwicklungszielen haben diese statistischen Manipulationen allerdings keinerlei zusätzliche Mittel zugeführt.

Von der gesamten öffentlichen EZA und humanitären Hilfe der Schweiz entfielen 2003 73% auf die bilaterale Zusammenarbeit, 27% auf verschiedene multilaterale Kanäle. Richtgrösse für den multilateralen Anteil sind 30%. Als Mitglied verschiedenster UNO-Unterorganisationen wie

² Siehe <http://www.deza.admin.ch/index.php?navID=2568> (15.7.05)

z.B. UNDP, FAO oder WHO leistete die Schweiz seit jeher bedeutende Beiträge an solche Spezialorganisationen. Seit dem Vollbeitritt der Schweiz zur UNO, der mit einer klaren Volksmehrheit 2002 aufgrund einer Volksinitiative beschlossen wurde, gewinnt die multilaterale Zusammenarbeit auch politisch an Gewicht.

Was den Einsatz der verschiedenen Instrumente der EZA betrifft, so liegt das Schwergewicht klar bei der technischen Zusammenarbeit und Finanzhilfe, gefolgt von der humanitären Hilfe, den wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen, und der Zusammenarbeit mit Osteuropa und GUS:

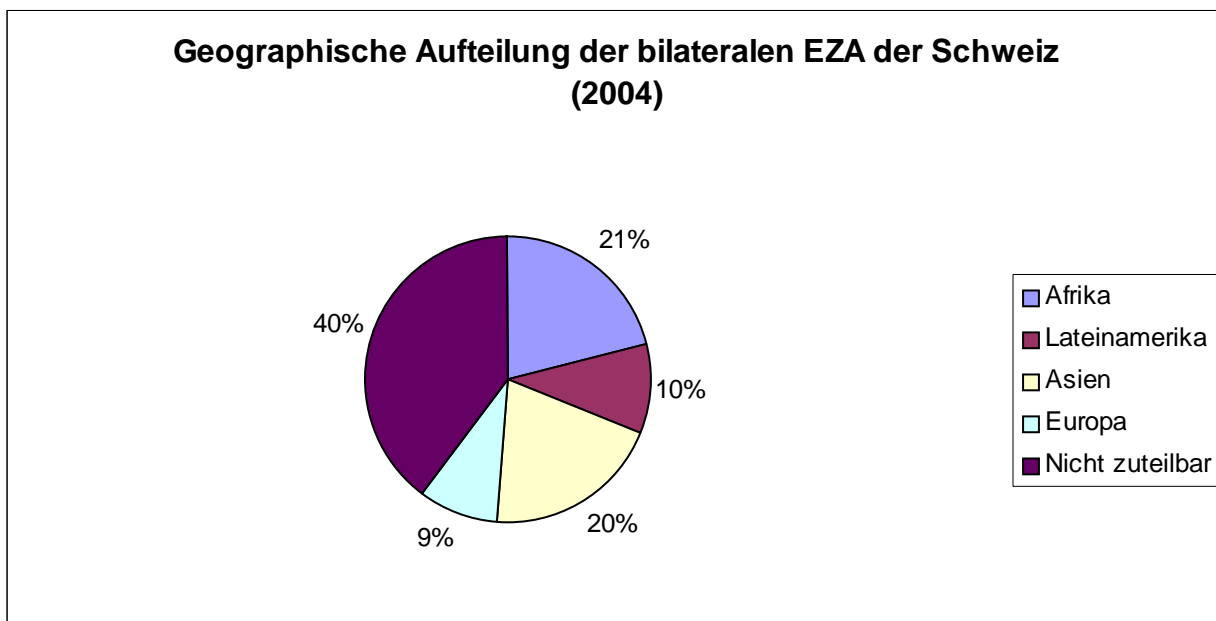


Prioritäten

2004 erhielten rund 100 Länder Beiträge der staatlichen EZA, humanitären Hilfe und Ostzusammenarbeit. Die DEZA setzt Prioritäten bei 24 Partnerländern und –regionen im Süden und 11 im Osten. Das seco hat seinerseits eine Liste von 17 Prioritäts-Partnerländern im Süden und 12 im Osten. 16 davon sind gemeinsame DEZA/seco Prioritätsländer³. Da nur

³ Insgesamt haben DEZA/seco deshalb 48 Prioritätsländer (24 + 11 + 17 + 12 – 16 = 48). Diese Zahlen basieren auf den Angaben der Schweiz zuhanden der OECD; siehe Switzerland (2004). In OECD (2005) spricht die OECD von 45 Partnerländern. Je nach Zeitpunkt, Kriterien und Quelle variieren die genauen Angaben. In allen Fällen

etwa 40% der verfügbaren Mittel der Schweiz in die Schwerpunktländer fließen, ist das Schwerpunktkonzept bisher völlig ungenügend umgesetzt und war wiederholt Gegenstand von Kritik, z.B. seitens der DAC/OECD⁴. Dessen ungeachtet steht im Jahresbericht von DEZA/seco zur internationalen Zusammenarbeit der Schweiz 2004 „Wegen der Budgetbeschränkungen des Bundes kann diese Liste zur Zeit nicht ausgebaut werden“ (DEZA/seco 2005:8), – eine Aussage, welche nicht darauf schliessen lässt, dass die beiden Organisationen eine Konzentration der Mittel für notwendig erachten.



In der DEZA-Strategie 2010 werden fünf Schwerpunktthemen definiert: Konfliktprävention und –bewältigung, Gouvernanz (gute Regierungsführung), Einkommensförderung, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen. Das seco wiederum fokussiert im bilateralen Bereich auf volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen, Investitionen, Handel, Infrastruktur. Bezüglich der Bereiche gibt die Schweiz der Stärkung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen Vorrang (14%, 2003). An zweiter Stelle folgen Land- und Forstwirtschaft (11%), dann Finanzdienstleistungen (8%), Erziehung (7%), Trinkwasser (6%), Industrie und Bau (6%), gefolgt von Gesundheit (5%). Die weiteren Bereiche liegen unter 5%.

handelt es sich jedoch um eine hohe Zahl von Ländern, und die OECD ermutigt die Schweiz, „die Zahl ihrer Schwerpunktländer zu überprüfen“.

⁴ DAC Peer Review 2005, www.oecd.org/document/43/0,2340,en_2649_34603_35105259_1_1_1_1,00.html

Der Anteil der humanitären Hilfe (15%, 2003) ist im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hoch.

Die Schweiz setzt einen Schwerpunkt bei den ärmeren Ländern, Regionen und Bevölkerungsgruppen. Dies zeigt sich darin, dass zwei Drittel der geographisch zuteilbaren bilateralen Hilfe in den ärmsten und ärmeren Ländern mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 760 US-\$ pro Jahr eingesetzt wird. Die Zusammenarbeit mit „Musterschülern“ unter den Partnerländern stand nie besonders im Vordergrund, und daher hat die Schweiz auch Erfahrung im Umgang mit ausgeprägt schwachen Staaten („*fragile states*“). Eine besondere Herausforderung ist der Übergang von humanitärer Hilfe zur längerfristigen Entwicklungszusammenarbeit.

In der multilateralen Zusammenarbeit stehen als Partner die UNO-Organisationen und die Weltbankgruppe im Vordergrund. Im Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank führt die Schweiz eine Stimmrechtsgruppe mit Polen und zentralasiatischen GUS-Ländern an. Die Entwicklungsbanken für Afrika, Asien und Lateinamerika, die *Globale Umweltfazilität*, und die *Konsultativgruppe für Agrarforschung* sind ebenfalls gewichtige multilaterale Partner für die Schweiz. Weitere Organisationen wie das *Internationale Komitee vom Roten Kreuz* erhalten substantielle Unterstützung.

Herausforderungen

Die EZA der Schweiz muss sich gegenwärtig mehreren weitreichenden Herausforderungen (siehe dazu OECD 2005, Gerster 2004) stellen, welche eine Folge der internationalen Agenda (UNO-Millenniums-Erklärung 2000, Monterrey-Konsens 2002, Erklärungen von Rom und Paris 2003 bzw. 2005) sind:

- **Millennium-Entwicklungsziele (MDGs):** Die Schweiz muss ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit Afrika, Asien und Lateinamerika im Sinne einer Entwicklungspartnerschaft (MDG Nr. 8) selbstkritisch überprüfen. Diese Bereitschaft ist zur Zeit nur wenig vorhanden; grosse Teile der Schweiz sind zu sehr mit sich selber beschäftigt und die Politik ist auf das Verhältnis zur EU fixiert. Die EZA ist mit den Strategien der Partnerländer zur Bekämpfung der Armut (PRS) in Einklang zu bringen.

- **Selektivität:** Um die Effektivität der EZA zu steigern, ist eine Konzentration auf eine weit kleinere Zahl von Schwerpunktländern und thematischen Schwerpunkten unerlässlich. Die DEZA nimmt in Hinblick auf vermehrte Konzentration eine interne Analyse ihres Programm-Portfolios vor. Zweifel am Endergebnis sind jedoch angebracht: Die DEZA fuhr in den letzten Jahren einen Kurs, überall mit dabei zu sein und bei allen Themen mitzureden. Ein Kleinstaat wie die Schweiz mit seiner noch dazu zurückhaltenden EZA kann nicht in 48 sogenannten Prioritäts-Ländern gewichtiger und kenntnisreicher Dialogpartner sein.
- **Harmonisierung:** Eine verstärkte Zusammenarbeit der Geldgeber kann die derzeit hohen Transaktionskosten der EZA vermindern. Die Programmabwicklung mit professionellem Anspruch erfordert heutzutage einen konzeptionellen Überbau, dessen Kosten nicht entsprechend wahrgenommen werden. Akzeptanz von administrativen Abläufen der Partnerregierung, geographische und sektorielle Arbeitsteilung auf Seiten der Geber, gemeinsame Programmhilfe und delegierte Kooperation, bei der ein Geber die operationelle Verantwortung für die Programmdurchführung an einen anderen Geber abtritt, bieten derzeit unausgeschöpfte Möglichkeiten zur Reduktion der Kosten.
- **Lieferbindung:** Die Schweiz macht sich in der OECD gegen Lieferbindungen stark. Formell sind nur noch sehr kleine Teile der Nahrungsmittel- oder Wirtschaftshilfe an Lieferungen aus der Schweiz gebunden. In der Grauzone der technischen Zusammenarbeit hingegen geniessen Schweizer Anbieter oft Präferenz. Die Erweiterung der Konsulentenbasis auf Südanbieter wie z.B. Indien steht noch bevor.
- **Gemeinschaftsgüter:** Im Zuge der Globalisierung sind mehr und mehr öffentliche Güter wie Sicherheit, Gesundheit, oder eine intakte Umwelt (*Globale Gemeinschaftsgüter, GGG*) nur noch global sicherzustellen. Was dies für die EZA bedeutet, ist dringend festzustellen. Oft mögen die Entwicklungsländer andere GGG-Prioritäten (faire Handelsregeln, Bekämpfung ansteckender Krankheiten) haben als die Industrieländer (z.B. Sicherheit). Ein wachsender Anteil der EZA wird für GGG verwendet, obschon weder primär die Interessen der Partnerländer noch die Armutslinderung im Vordergrund stehen.
- **Kohärenz:** Die nationale politische Agenda steht vielfach in Konflikt mit entwicklungspolitischen Zielsetzungen. Nationale Interessen dominieren in der Regel über die lobbyschwache Entwicklungspolitik. Dabei stehen insbesondere die Bereiche Landwirtschaft (z.B. Zucker), Technologie (z.B. Patentschutz), Handel (z.B. Exportgarantie), Investitionen und Finanzplatz (z.B. Rechtshilfe bei Steuerhinterziehungen)

sowie eine angemessene Vertretung von Entwicklungs- und Schwellenländern auf der internationalen Bühne (z.B. in den *Bretton Woods Institutionen*) im Zentrum.

- **EZA-Volumen:** Nicht zuletzt ist die EZA auch mit dem Problem der knappen finanziellen Mittel konfrontiert. Allein die Umsetzung der MDGs erfordert eine Verdoppelung des globalen Entwicklungsbudgets. Die Schweiz hat mehrfach angekündigt, bis 2010 0,4% ihres Volkseinkommens (BNE) in die EZA fliessen zu lassen. Weil dieses Ziel nun dank statistischer Kosmetik bereits überschritten wird, ist es überfällig, dass sich die Regierung ein weiteres Ziel setzt. Auch gegenüber neuen Finanzierungsmechanismen (z.B. Umweltsteuern auf Kerosin, oder die Besteuerung internationaler Finanz-Transaktionen) besteht grosse Zurückhaltung bis Ablehnung auf der politischen Ebene.
- **Kohäsionsbeitrag:** 2004 beschloss der Bundesrat, eine Milliarde Franken an die Kohäsion der erweiterten EU beizusteuern - und die Entwicklungsbudgets von DEZA und seco entsprechend zu reduzieren. Der Preis für die schweizerische Teilnahme an der europäischen Integration soll so auf die Ärmsten der Welt überwältzt werden. Ob dieser "Raubzug auf die Entwicklungshilfe", so die Arbeitsgemeinschaft⁵ der Hilfswerke in ihrem Jahresbericht 2004, so stattfinden wird, darüber werden 2006 Regierung und Parlament befinden.

Dem entwicklungspolitischen Diskurs müssen Taten folgen. Im Rahmen von echten Entwicklungspartnerschaften müssen Geber wie die Schweiz in Zukunft ihrerseits Rechenschaft über Leistungen und Versäumnisse ablegen („*accountability*“), statt Leistungsnachweise einseitig nur von den Partnern zu fordern. Vergleichbare Länder in Europa verfolgen seit Jahrzehnten eine äusserst aktive Entwicklungspolitik. Länder wie Irland oder Luxemburg sind daran, ihre EZA massiv auszubauen. Wiederum andere (wie Grossbritannien) haben sich als Beitrag zur Umsetzung der Millennium-Entwicklungsziele für die Entschuldung und handelspolitische Massnahmen stark gemacht. Es wäre verwegen, all die Gipfelrhetorik zum Nennwert zu nehmen. Trotzdem: Die Schweiz macht es sich einfach, versucht, „*Business as usual*“ zu betreiben, und die Situation auszusitzen. So droht die Schweiz international weiter an Legitimität und Einfluss zu verlieren. Im UNO-Hauptsitz sind Stimmen laut geworden, welche aus dem zögerlichen Verhalten der Schweiz bei der EZA eine Gefährdung des UNO-Sitzes in Genf ableiten.

Private Entwicklungszusammenarbeit

Privatwirtschaft

Der Grundsatz der Subsidiarität charakterisiert das Verhältnis des öffentlichen zum privaten Sektor: Der Staat soll nur insoweit auftreten, als die Privatwirtschaft alleine anstehende Probleme nicht lösen kann. Damit werden, so heisst es, „Marktverzerrungen“ vermieden. Diese Doktrin gilt auch für die EZA, in der Schweiz sowie in den Partnerländern. Das birgt Zündstoff, da zur Rollenteilung Staat-Privat in den Partnerländern unterschiedliche gesellschaftspolitische Ansichten vorhanden sind. Die Rolle des Privatsektors in der Entwicklung hat in den letzten Jahren vermehrt Anerkennung gefunden. So gibt es Zusammenarbeit des Privatsektors mit dem *seco* insbesondere bei der Importförderung aus Entwicklungsländern, zugunsten des Fairen Handels, bei der Investitionsförderung, über „Public-Private-Partnerships“ im Infrastrukturbereich wie Wasserprojekten. Erwähnenswert sind auch private Initiativen: Firmenstiftungen wie die *Novartis Stiftung für Nachhaltige Entwicklung*, die *Avina-Stiftung* von Stephan Schmidheiny, oder die Gründung von *responsAbility* als Investitionsvehikel im Bereich der Mikrofinanz.

Der Spitzenverband der Wirtschaft (*economiesuisse*) veranstaltete 2004 gemeinsam mit einem wirtschaftsnahen Hilfswerk (*Swisscontact*) eine öffentliche Debatte über den Beitrag des Privatsektors zu den MDGs. Dabei wurden die Schwachstellen (wie z.B. marktfremde Transferpreise bei konzerninternen Transaktionen, oder internationale Steueroptimierung, welche dem Staat Mittel entzieht) ebenso deutlich wie positive Seiten (Einkauf von Produkten und Leistungen lokaler Lieferanten). Permanente Spannungs- und Diskussionsfelder mit der Privatwirtschaft sind die Ausrichtung des Wirtschaftswachstums auf die Armutsbekämpfung, die Einhaltung der Menschenrechte, Belange des Umweltschutzes, Arbeitskonflikte, und die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung („*Corporate Social Responsibility*“).

Universitäten

⁵ Die Arbeitsgemeinschaft heisst ab August 2005 „Alliance Sud“.

Die DEZA formulierte 2002 eine neue Forschungspolitik und präsentierte für 2004-2007 zum ersten Mal ein Konzept für die Forschungs-Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Drei Ziele werden dabei verfolgt: (1) Produktion von relevanten Forschungsergebnissen; (2) Stärkung der lokalen Forschungskapazitäten im Süden und Osten; (3) Ausbau schweizerischer Forschungskompetenz. Parallel zu diesem bilateralen Strang werden multilaterale Forschungsinstitutionen unterstützt, so namentlich die *Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung* (CGIAR), das *Globale Forum für Gesundheitsforschung* (GFHR) und die *UNO-Forschungsinstitution für soziale Entwicklung* (UNRISD).

Im Rahmen der erwähnten neuen Forschungspolitik stellen die Forschungspartnerschaften mit dem Süden und Osten einen innovativen Ansatz dar. Der *Schweizerische Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung* schuf gemeinsam mit der DEZA ein zu gleichen Teilen finanziertes, mehrjähriges Programm von 3,6 Mio. Franken jährlich. Zum *Nationalen Kompetenzzentrum für Forschungspartnerschaften Nord-Süd* an der Universität Bern gehören sieben schweizerische Forschungsinstitutionen und dazu lokale Institutionen im Süden. Das Programm startete 2001 und wird über zehn Jahre laufen; zur Zeit sind über 100 Forschungsprojekte in neun Regionen der vier Kontinente im Gange.

Die Universitäten in der Schweiz sind als solche allerdings wenig an der Entwicklungspolitik interessiert. Es sind vielmehr einzelne Institute, welche eine Ausrichtung auf Entwicklungsländer pflegen. Namentlich sind zu erwähnen: das *Institut des Etudes de Développement* (IUED) in Genf, das auch Projekte im Auftrag der DEZA durchführt; das geographische Institut der Universität Bern, wo das erwähnte *Kompetenzzentrum für Forschungspartnerschaften* angesiedelt ist; der *Nachdiplomkurs für Entwicklungsländer* (NADEL) an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich. Aufgrund der knappen akademischen Expertise greifen DEZA und seco oft auf ausländische Kapazitäten zurück und entwickeln strategische Partnerschaften zu Kernthemen mit privatwirtschaftlichen oder öffentlichen Institutionen im In- und Ausland, um ihren eigenen Know-how zu ergänzen und die Partnerorganisationen zu stärken.

Hilfswerke (Nicht-Regierungs-Organisationen, NGO)

Die private schweizerische Hilfe an die Entwicklungsländer hat Tradition. Sie spielte in der EZA eine Vorreiterrolle lange bevor der Bund ab den frühen 1960er Jahren die Entwicklungshilfe als staatliche Tätigkeit aufnahm. Heute verzeichnet die Statistik (siehe DEZA 2005) über die private schweizerische Hilfe an die Entwicklungsländer mehr als 200 Hilfswerke, die in der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern engagiert sind. Zu erwähnen sind z.B. das *Schweizerische Rote Kreuz*, das *Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz* (HEKS), *Caritas Schweiz*, *World Vision*, *Fastenopfer*, *Helvetas*, *Terre des Hommes*, *Swissaid*. Dabei sind Organisationen, die den Kirchen nahe stehen, noch immer stark vertreten. Diese NGOs betreiben EZA ebenso wie humanitäre Hilfe.

Besondere Erwähnung verdient die *Max Havelaar Stiftung* (Schweiz) für fairen Handel, die 1992 von mehreren Hilfswerken (*Brot für alle*, *Caritas*, *Fastenopfer*, *HEKS*, *Helvetas*, *Swissaid*) gegründet wurde. Nach einer mehrjährigen Starthilfe seitens des seco ist die Stiftung heute nicht mehr auf staatliche Mittel angewiesen, sondern kann sich durch Lizenzgebühren selber finanzieren und erzielte 2004 einen Gewinn von einer halben Million Franken (0,3 Mio. €). (siehe Max Havelaar Stiftung 2005) Die solide Basis ist eine Folge des Erfolges von *Fair Trade* im Markt, denn – um nur einige Beispiele zu nennen – 6% des Kaffees, 28% der Schnittblumen oder gar 47% der Bananen, welche in der Schweiz über den Ladentisch gehen, stammen aus dem fairen Handel. Das seco stärkt nun die Bewegung des fairen Handels durch punktuelle Aktionen; es unterstützt z.B. Grossveranstaltungen wie den „*Fair Trade Fair*“ (siehe www.fairtradefair.ch) mit Freiluftmarkt auf dem Bundesplatz in Bern und einem Symposium.

Es gibt jedoch keine gemeinsame Politik der verschiedenen an der EZA beteiligten Bundesämter gegenüber den NGO. Während die Zusammenarbeit mit den NGO beim seco eher die Ausnahme ist, pflegt die DEZA traditionell ausgebaute Partnerschaften mit privaten Hilfswerken. An 14 NGO richtet sie Programmebeiträge aus, das heisst, sie finanziert des NGO-Programm im Ausland mit in der Regel 50% mit. Darüber hinaus erteilt sie gezielt Aufträge zur Durchführung einzelner Programme oder Projekte. Das Verhältnis zwischen Bund und Hilfswerken ist jedoch alles andere als spannungsfrei. Auf der einen Seite wird den NGO verbal Anerkennung gezollt, auf der anderen Seite ist der Anteil von Bundesmitteln, der über

NGO fliesst, rückläufig. Bei der DEZA ist die Tendenz unverkennbar, möglichst viel selber zu machen, statt die Potentiale der NGO zu nutzen. Im Jahr 2004 brachte eine Evaluation der Zusammenarbeit zusätzlichen Zündstoff: Es hiess, die NGO brächten für die Zusammenarbeit der DEZA mit Süd-NGO keinen Vorteil – es wurde vielmehr einer direkten Zusammenarbeit der DEZA mit Süd-NGO das Wort geredet.

Die Hilfswerke fühlen sich einem nachhaltigen Entwicklungsprozess verpflichtet, der allen Menschen die Befriedigung ihres Grundbedarfs ermöglicht, ihnen Mitgestaltung ihrer Gesellschaft erlaubt und umweltverträglich erfolgt. Sie unterstützen in der Regel Partnerorganisationen im Süden, oft Basisorganisationen im besten Sinne des Wortes. Die NGO spielen auch eine bedeutende Rolle bei der Information der Öffentlichkeit über Entwicklungsprobleme, und ferner, indem sie die schweizerische Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik gegenüber den Entwicklungsländern in kritischer Weise analysieren, wie z.B. bei der Exportrisikogarantie, in Sachen Steuerflucht und Rechtshilfe, oder bei der Migrationssteuerung.

Viele grosse schweizerische NGO sind in der Schweizer Bevölkerung stark verankert, was sich in der Anzahl ihrer Mitglieder oder bei den regelmässigen Spenden ausdrückt. 2003 spendeten die SchweizerInnen pro Haushalt 451 Franken (300 €) oder insgesamt rund 1,5 Mrd. Fr. (rd. 1 Mrd. €) für gemeinnützige Zwecke. Davon wurden 377 Mio. Fr. für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe in Entwicklungsländern und 15 Mio. Fr. für Transitionsländer eingesetzt. Dieses Volumen der privaten EZA entspricht 0,08% des BNE und mit ihren Spenden stärkt die Bevölkerung die Legitimität der Organisationen, denen sie ihre Unterstützung gewährt. Die Beziehungen der meisten NGO zur Privatwirtschaft sind hingegen schwach. Dafür dürften mehrere Gründe verantwortlich sein: (1) Seitenwechsel von der Wirtschaft zu den NGOs sind selten, nicht zuletzt wegen des grossen Lohngefälles; (2) ideologische Vorbehalte auf beiden Seiten sind nicht zu übersehen; (3) NGO und private Firmen sind Konkurrenten bei der Durchführung von Aufträgen.

Die Zusammenarbeit zwischen den privaten Hilfswerken und den staatlichen Stellen ist eng. 2003 kanalisierte der Bund 202 Mio. Fr. (135 Mio. €), d.h. rund 12% des Bundesbudgets für EZA und humanitäre Hilfe in Form von Beiträgen und Durchführungsaufträgen über die

privaten Organisationen. Zu diesen Geldern kamen die EZA-Eigenmittel der NGO von 377 Mio. Fr. (251 Mio. €). Insgesamt verwalteten die NGO damit 579 Mio. Franken (386 Mio. €) bzw. rund 27% der gesamten öffentlichen und privaten Hilfe der Schweiz. Etwa die Hälfte der privaten finanziellen Mittel entfällt jedoch auf wenige grosse Organisationen. Ähnlich verhält es sich mit der Verteilung der öffentlichen Finanzierung.

Der Wettbewerb unter den NGO auf dem Spendenmarkt ist sehr gross. Die Organisationen müssen immer drastischere Marketingmethoden einführen, um sich das Geld der potenziellen Spender zu sichern. Die für die Sammelkampagnen „ergiebigsten“ Themen sind Naturkatastrophen und Kriegskonflikte. Chronischer Hunger ist eine Geissel, die jedoch zur Mobilisierung von Spenden wenig attraktiv ist. Auf der einen Seite nehmen die NGO einen Bildungs- und Informationsauftrag wahr, der Klischees abbauen und politische Hintergründe ausleuchten möchte. Auf der anderen Seite sind sie dauernd versucht, das Spendenaufkommen mit Elendsbildern zu stimulieren. Entwicklungspolitische Themen liegen seit einigen Jahren im Trend, um Medienöffentlichkeit zu erringen. Wenn sich die Hilfswerke mit Handels- und finanzpolitischen Themen profilieren können, trägt das zu ihrer Verankerung am Spendenmarkt bei und die Entwicklungspolitik stützt so auch die Hilfswerk-Finanzierung.

Die Stiftung ZEWO (siehe www.zewo.ch) ist aus der Selbsthilfe gemeinnütziger Organisationen entstanden und erst in den letzten Jahren unabhängig geworden. Die ZEWO verleiht Organisationen, die minimale Standards erfüllen, ein Gütesiegel. Das ZEWO-Label wird in der Öffentlichkeit als Qualitätsausweis der Spenden sammelnden Werke wahrgenommen. Sein Zweck ist die Förderung von Transparenz und Lauterkeit im Spendenmarkt Schweiz. Durch ihre Tätigkeit trägt die ZEWO dazu bei, das Image der gemeinnützigen Organisationen zu stärken und die Spendenbereitschaft der Bevölkerung zu erhalten. Als Fachstelle nimmt die ZEWO zu Mittelbeschaffungsmethoden und weiteren Fragen rund um das Spendenwesen Stellung. Die ZEWO führt einen neutralen Informationsdienst über Spenden sammelnde, gemeinnützige Organisationen mit und ohne Gütesiegel. Alle Organisationen werden nach den gleichen Richtlinien beurteilt. Diese Dienstleistung steht Behörden, Medien, Fachstellen, Kirchgemeinden, Unternehmen und Privatpersonen kostenlos offen. Die ZEWO fungiert auch als Koordinationsstelle für die landesweiten Sammlungen von ZEWO-anerkannten Organisationen und erstellt zu diesem

Zweck jährlich den Schweizer Sammlungskalender, um die potentiellen Spenderinnen und Spender vor einer Flut unkoordinierter Spendenappelle zu bewahren.

International zählt die Schweiz bei der privaten Hilfe zur Spitzengruppe. Die höchsten Beiträge pro Einwohner wurden 2002 von Norwegen (rund 100 US-Dollar pro Einwohner) geleistet. Die Schweiz steht mit einem Durchschnitt von 28 US-Dollar pro Einwohner an zweiter Stelle. Die private Leistung ist jedoch wesentlich geringer als die staatliche und kann deren Versäumnisse nicht kompensieren.

Geografisch verteilte sich 2003 die Leistung der Hilfswerke auf 130 Länder. Dabei waren in 44 Entwicklungsländern jeweils mehr als zehn schweizerische private Organisationen aktiv. In 35 Ländern wurden mehr als 3 Mio. Fr. (2 Mio. €) an Eigenmittel eingesetzt, so dass auf diese Konzentrationsländer bereits 70% aller Eigenmittel entfielen. Fast 40% ihrer geografisch zuteilbaren bilateralen Mittel investieren die Hilfswerke in Afrika und 35% in Asien. Beim Bund ist der Anteil mit 35% und 30% etwas geringer. Dafür wird fast ein Viertel der Bundeshilfe in Europa investiert.

Öffentlichkeitsarbeit

Die öffentliche Meinung

Die DEZA und die Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke lassen seit 20 Jahren alle vier bis fünf Jahre eine Repräsentativumfrage zur Ermittlung von Wahrnehmungsveränderungen hinsichtlich der Entwicklungspolitik durchführen. Die Solidarität mit Entwicklungsländern und das Vertrauen in die professionelle Arbeit der staatlichen und privaten Entwicklungshilfe sind in der Schweizer Bevölkerung ungebrochen, wie die Umfrage 2004 zeigt. (gfs.bern 2005) Die Globalisierung und Konflikte werden verstärkt und z.T. diffus als Hintergrund der Entwicklungspolitik wahrgenommen. Eine Mehrheit der Schweizer Stimmberechtigten steht der Globalisierung skeptisch gegenüber. Zwei Drittel glauben, dass sie in erster Linie den Reichen bzw. den reichen Ländern nützt. Als Hauptprobleme des Planeten werden

Massenarbeitslosigkeit und das Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd betrachtet, stark zunehmend aber auch die „Billigkonkurrenz“ von Entwicklungsländern.

Diese wachsende Verunsicherung hat die positive Grundhaltung in Bezug auf die Entwicklungszusammenarbeit nicht erschüttert. Trotz allgemeinem Spardruck steht eine klare Mehrheit der Bevölkerung hinter der Entwicklungshilfe: Laut der Umfrage 2004 sind 53 Prozent für eine Weiterführung auf bisherigem Niveau. 22 Prozent sprechen sich gar für eine Erhöhung aus. 21 Prozent der Befragten sind der Meinung, die Entwicklungshilfe sollte verringert werden.

Die Förderung fairer Handelsbeziehungen betrachtet eine Mehrheit der Schweizer Stimmberechtigten als sinnvollen Vorschlag zum Ausbau der schweizerischen Entwicklungspolitik. Eine überwältigende Mehrheit lehnt Waffenexporte in Entwicklungsländer als kontraproduktiv ab. Fast ebenso viele möchten hingegen bei landwirtschaftlichen Importen vermehrt Entwicklungsländer berücksichtigt sehen.

Mit der Akzeptanz ist der Bekanntheitsgrad der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit zwar gestiegen, doch die privaten Hilfswerke werden als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit stärker als der Staat wahrgenommen. Die Zusammenarbeit mit der UNO ist neu und hoch akzeptiert. Weniger Zustimmung findet hingegen die Zusammenarbeit mit der Weltbank.

Information

Je nach Zielsetzung der NGO hat die Informationsarbeit im Inland einen anderen Stellenwert. Die Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas/HEKS führt öffentliche Dokumentationsstellen, produziert Bildungsmaterialien für die Schulen und nimmt gegenüber Verwaltung und Parlament auf die schweizerische Entwicklungspolitik Einfluss. Die Max-Havelaar-Stiftung verbindet im Rahmen von *Fair Trade* die Unterstützung ihrer Produzenten im Süden mit der Information der Konsumentinnen und Konsumenten in der Schweiz. Die *Erklärung von Bern* (EvB) hat sich die Inlandarbeit („Weniger nehmen ist besser als mehr geben“) zur alleinigen Aufgabe gemacht. Zahlreiche andere NGO informieren die Schweizer Öffentlichkeit, um entweder

Einnahmen zu beschaffen, entwicklungspolitische Entscheide der Behörden zu beeinflussen, oder Kulturbegegnungen zu ermöglichen.

Während früher entwicklungspolitische Information bei vielen als heikel und unattraktiv galt und diese demzufolge gerne der Arbeitsgemeinschaft überlassen wurde, werden seit einigen Jahren Themen wie Handel, Verschuldung, Finanzbeziehungen oder Gentechnik als positive Profilierungsmöglichkeiten betrachtet und besetzt. Die DEZA hat in den letzten Jahren die Medien- und Kommunikationsabteilung stark ausgebaut. Trotzdem bleibt die Themenführerschaft in der Öffentlichkeit in entwicklungspolitischer Hinsicht bei den NGO, da es einer Verwaltungsstelle nicht möglich ist, in der Öffentlichkeit Praktiken anderer Verwaltungszweige oder Entscheide der Regierung zu kritisieren.

Ausblick

Eine Schweizer Berggemeinde wie z.B. Isenthal kann aus eigenen Einnahmen kaum die laufenden Ausgaben für ihre Grundschule finanzieren. Schulinvestitionen und alle übrigen Gemeindeaufgaben sind nur finanzierbar dank eines ausgebauten Transfersystems zwischen reicheren und ärmeren Gemeinden, zwischen Gemeinde und Kanton, und zwischen Kanton und Bund. Auf der internationalen Ebene bedarf es eines ähnlichen Ausgleichssystems: reiche Länder sollen jene armen Staaten, welche in Sachen guter Regierungsführung und Armutsbekämpfung Erfolge nachweisen können, auf berechenbare Art und Weise unterstützen. Die Erfahrungen des schweizerischen Föderalismus könnten auch international von Bedeutung sein. Für eine Umsetzung sind die UNO-Strukturen allerdings nicht tragfähig – weltweit führende Staaten wie die USA wollen sich nicht in eine verbindliche globale Strukturpolitik und entsprechende Institutionen einordnen.

Für die Verankerung der privaten Hilfswerke in der Bevölkerung mag Solidarität ausreichend sein. Auf dem politischen Parkett genügt sie zur Legitimation der öffentlichen Zusammenarbeit nicht. Die langfristigen Eigeninteressen der Schweiz an der Süd- und Ostpolitik müssen klar formuliert werden, um so die gemeinsamen Interessen mit den Partnerländern zu erkennen, und die Partikularinteressen der Wirtschaftsverbände oder politischer Parteien sichtbar zu

machen. Bei den globalen ökologischen Problemen, bei der transnationalen und transkontinentalen Migration, im Verständnis von Sicherheit und Frieden sowie auf der wirtschaftlichen Ebene sind – nicht nur, aber auch – gemeinsame Interessen vorhanden. Der Einbezug von Eigeninteressen ist kein Freipass für die Instrumentalisierung der Entwicklungszusammenarbeit zu artfremden Zwecken, sichert aber der Entwicklungspolitik eine neue Relevanz. Im Hinblick auf einen wirksamen Beitrag der Schweiz zu einem verstärkten Ausgleich zwischen wirtschaftlich starken und schwachen Regionen auf globaler Ebene - im Sinne einer Globalisierung der Gerechtigkeit - brauchen Süd- und Ostpolitik der Schweiz im Inneren eine breitere Basis.

Quellen und weiterführende Literatur

DEZA (2005): Hilfe der Schweiz an die Entwicklungs- und Transitionsländer – Statistiken 2003, Bern

DEZA/seco (2005): Jahresbericht der Internationalen Zusammenarbeit der Schweiz 2005, Bern, http://www.deza.admin.ch/ressources/deza_product_de_1979.pdf, 16.7.05.

Gerster, Richard (2004): Zwei Welten: 2010 vs. 2004.

http://www.gersterconsulting.ch/docs/Zwei_Welten_2010_vs_2004.pdf, 16.7.05.

Gerster, Richard (2005): Globalisierung und Gerechtigkeit. Bern: hep-Verlag, Bern.

Gfs.Bern (2005): Fairer Handel als Antwort auf eine steigende Verunsicherung gegenüber globalen Entwicklungen, Bern. http://www.deza.ch/ressources/deza_product_de_1620.pdf, 16.7.05

Max Havelaar-Stiftung (Schweiz) (2005): Jahresbericht 2004, Basel. (www.maxhavelaar.ch)

OECD (2005): Review of Development Co-operation Policies and Programmes of Switzerland, http://www.oecd.org/document/43/0,2340,en_2649_33721_35105259_1_1_1_1,00.html, 16.7.05

Perroullaz, Gérard (2004): Die Finanzierung der NRO in der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe: Der Fall der Schweiz und internationale Vergleiche. In: Institut Universitaire des Etudes du Développement (IUED) (ed.): Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik 2004: Die Entwicklungs-NRO: Rolle und Perspektiven. Genf: IUED, 51-86.

Switzerland (2004): OECD/DAC Peer Review. Memorandum of Switzerland. Bern

Interdepartementales Komitee für Entwicklung und Zusammenarbeit (IKEZ) (2005): Millenniumsentwicklungsziele – Zwischenbericht der Schweiz 2005, Bern, <http://www.seco-cooperation.ch/entwicklungsarbeit/00463/index.html?lang=de&PHPSESSID=bc9723d1f1eede d8bbc162e5d9138c0a> 16.7.05.